

**Konzessionsvertrag Strom**

über die

Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Stromversorgung in der Stadt Lindau (B)

zwischen der

Stadt Lindau (B), Bregenzer Straße 4, 88131 Lindau

(nachstehend „Stadt“ genannt)

und

Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG, Auenstraße 12, 88131 Lindau

(nachstehend „EVU“ genannt)

**Vorbemerkung**

Ziel dieses Vertrages ist es, durch Bereitstellung und Betrieb eines Stromversorgungsnetzes unter Nutzung gemeindlicher Grundstücke eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden im Stadtgebiet mit elektrischer Energie zu gewährleisten, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.

Im Hinblick auf dieses Ziel werden die Stadt und das EVU vertrauensvoll zusammenarbeiten.

**Inhaltsverzeichnis**

Vorbemerkung .....	1
§ 1 Art und Umfang des Betriebs des Energieversorgungsnetzes.....	2
§ 2 Grundstücksbenutzung .....	3
§ 3 Leistungen für die Einwohner .....	4
§ 4 Umweltverträglicher Netzbetrieb, Treibhausgasneutralität und Einbindung von Erneuerbaren Energien .....	5
§ 5 Beseitigung stillgelegter Anlagen .....	7
§ 6 Konzessionsabgabe und Kommunalrabatt .....	7
§ 7 Bau und Betrieb von Leitungen .....	9
§ 8 Absicherung einer schnellen Störungsbeseitigung .....	9
§ 9 Effektiver Entstörungsprozess mit umfassender Information für Netzkunden und Stadt .....	10
§ 10 Netzleitstelle .....	10
§ 11 Geringstmögliche Netzausfallzeiten und Präventivmaßnahmen .....	11
§ 12 Sicherer Netzbetrieb .....	12
§ 13 Investitionszusagen .....	12
§ 14 Instandhaltungszusagen.....	13

## **Stadt Lindau (B)**

### **Konzessionsvertrag Strom**

---

§ 15	Durchführung von Baumaßnahmen im Straßenraum .....	13
§ 16	Wiederherstellung von Oberflächen.....	15
§ 17	Gewährleistung .....	16
§ 18	Koordinierte Leitungsverlegung .....	16
§ 19	Schonung des Ortsbildes und der Straßenoberflächen .....	17
§ 20	Bestandsplanwerk .....	18
§ 21	Preisgünstige und effiziente Leistungserbringung.....	19
§ 22	Änderung der Verteilungsanlagen .....	19
§ 23	Haftung.....	20
§ 24	Zusammenarbeit mit der Stadt .....	20
§ 25	Vertragsdauer.....	20
§ 26	Auskunftspflichten .....	21
§ 27	Stromversorgungsanlagen auf Grundstücken des EVU.....	23
§ 28	Übernahme der Verteilungsanlagen durch die Stadt.....	24
§ 29	Allgemeine Regelungen .....	25

#### **§ 1 Art und Umfang des Betriebs des Energieversorgungsnetzes**

- (1) Das EVU errichtet und betreibt in der Stadt ein Stromversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie § 11 EnWG sicherstellt. Die Leitungen und sonstigen Anlagen – zusammen im Folgenden „Verteilungsanlagen“ genannt - stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des EVU. Das EVU führt als Netzbetreiber in der Stadt nach den Bestimmungen des EnWG sowie der auf dessen Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen den Netzbetrieb zur Ermöglichung der allgemeinen Versorgung mit Strom durch. Das EVU wird demgemäß jedermann in der Stadt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen an sein Versorgungsnetz anschließen und ihm die Entnahme von elektrischer Energie aus dem Netz ermöglichen.
- (2) Ist der Konzessionsnehmer Eigentümer des Elektrizitätsversorgungsnetzes, aber nicht dessen Betreiber, so ist er verpflichtet, im Rahmen des Pachtvertrages mit dem Betreiber sicherzustellen, dass dieser neben dem Eigentümer die Betreiberpflichten aus dem Konzessionsvertrag gegenüber der Stadt erfüllt und dem Konzessionsvertrag insoweit beitrifft.
- (3) Erschließung von Baugebieten
  - a) Das EVU wird neue Baugebiete (Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete) in der Stadt auf Anforderung der Stadt bedarfsgerecht erschließen und dabei die Anforderungen an die Einbindung erneuerbarer Energien und der Einbindung von Ladeinfrastruktur angemessen berücksichtigen.
  - b) Das EVU wird Sorge dafür tragen, dass Netzverstärkungsmaßnahmen selbst bei einer Kapazitätserweiterung durch eine vorausschauende Investitionsstrategie möglichst ohne erneute Baumaßnahmen erfolgen können. Hierzu wird bei der Planung ein angemessener Puffer (Kabelquerschnitt, Dimensionierung von Trafostationen) berücksichtigt, der im jeweiligen Einzelfall eine ausreichende Netzdimensionierung gewährleistet (z.B. Ladeinfrastruktur, mögliches freies Baufeld, Nachverdichtung).
  - c) Das EVU informiert die Stadt über die Leistungserbringung gem. § 24 Abs. 3

- d) Vor Umsetzung einer Erschließungsmaßnahme stimmen sich die Parteien zu den erforderlichen Bedarfsanforderungen rechtzeitig ab. Die Stadtwerke verpflichten sich eine vorausschauende Dimensionierung unter Berücksichtigung der von der Stadt mitgeteilten Anforderungen umzusetzen, soweit die erforderlichen Anforderungen sich soweit konkretisiert haben, dass eine Investition wirtschaftlich zumutbar und technisch möglich ist.
- e) Die Leistungen zur koordinierten Leistungserbringung aus § 18 gelten auch für Erschließungsmaßnahmen.

## **§ 2 Grundstücksbenutzung**

- (1) Die Stadt gestattet dem EVU, alle im Stadtgebiet gelegenen öffentlichen Verkehrswege (Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie die öffentlichen Gewässer), über die ihr das Verfügungsrecht zusteht, für die Errichtung und den Betrieb von Leitungen zur unmittelbaren Versorgung mit elektrischer Energie im Vertragsgebiet zu benutzen. Gleiches gilt für sog. Durchgangsleitungen, die der Versorgung von Letztverbrauchern außerhalb des Stadtgebietes dienen.

Leitungen im Sinne dieses Vertrages sind alle Stromverteilungsanlagen (u.a. Kabel, Leitungen, Schaltanlagen, Ortnetzstationen, Transformatoren, Verteilerschränke, Hausanschlüsse) samt deren Zubehör, insbesondere Mess-, Steuer- und Telekommunikationsleitungen und -anlagen. Für durch das EVU neu zu errichtende Telekommunikationsleitungen, die nicht zum Netzbetrieb erforderlich sind, gilt das Telekommunikationsgesetz (TKG).

- (2) Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigelegten Karte kenntlich gemacht.
- (3) Die Stadt räumt dem EVU das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Stadt (sog. fiskalische Grundstücke) zu benutzen. Nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) wird die Stadt dem EVU auf dessen Wunsch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit eintragen lassen. Das EVU zahlt dabei an die Stadt für Wertminderung des Grundstücks eine Entschädigung in angemessener Höhe, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird. Die bei der Einräumung oder Löschung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das EVU. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB, § 22 des Vertrages. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das EVU der Stadt anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NAV vorliegt oder die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit erforderlich ist.
- (4) Beabsichtigt die Stadt, Grundstücke, auf denen sich Leitungen oder sonstige Anlagen des EVU befinden, an Dritte zu veräußern, wird die Stadt das EVU rechtzeitig vor der Veräußerung hierüber unterrichten. Sofern Leitungen oder sonstige Anlagen des EVU nicht bereits dinglich gesichert sind, bestellt die Stadt an diesen Grundstücken vor Veräußerung auf Verlangen des EVU zu deren Gunsten beschränkte persönliche Dienstbarkeiten. Die hierbei anfallenden Kosten trägt das EVU. Das EVU zahlt dabei an die Stadt eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe, die mit Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit fällig wird. Bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken bemisst sich die angemessene Entschädigung je nach Grad der Beeinträchtigung und Grad der Inanspruchnahme unter Berücksichtigung des jeweiligen Bodenrichtwertes (bei forstwirtschaftlichen Grundstücken zudem auch den Wert des Aufwuchses) und der ImmoWertV.
- (5) Zwischen den Vertragspartnern besteht Einigkeit darüber, dass die für die Vertragslaufzeit des Konzessionsvertrages in Ausübung der Wegenutzungsrechte nach § 2 auf

den jeweiligen Grundstücken betriebenen und/oder errichteten Stromversorgungsanlagen von dem EVU nur zu einem vorübergehenden Zweck bzw. in Ausübung eines Rechts an einem fremden Grundstück von dem EVU mit diesen Grundstücken verbunden sind bzw. verbunden werden, also sog. Scheinbestandteile darstellen (§ 95 BGB).

### **§ 3 Leistungen für die Einwohner**

- (1) Das EVU ist bereit, die Bürger im Vertragsgebiet über die Herstellung eines Netzan schlusses zum örtlichen Stromnetz sowie die Anschlussnutzung zu beraten.
- (2) Das EVU verpflichtet sich, für Netzkunden und Antragsteller in örtlicher Nähe ein Kundenzentrum mit angemessenen Öffnungszeiten anzubieten, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden (aktuell: Montag bis Freitag: 8 bis 13 Uhr). Eine Reduzierung der Öffnungszeiten darf nur in Abstimmung mit der Stadt erfolgen.
- (3) Das EVU bietet Netzkunden und Antragstellern und allen Interessierten eine Rufnummer für die Kontaktaufnahme zusätzlich zur kostenlosen Störungshotline an.
- (4) Das EVU bietet Netzkunden und Antragstellern und allen Interessierten an, Standardprozesse des Netzbetriebs (Use Cases, wie z.B. Kontaktaufnahme, Zählerstandsmeldung, Adressänderung etc.) online über die Website des Netzbetreibers/das Internet oder ein Kundenportal abzuwickeln. Folgende Use Cases werden angeboten:
  - a) Netzzanschlussportal mit den Funktionalitäten: unter anderem Antragstellung, Stand der Bearbeitung, Terminvereinbarung
  - b) Zählerstandsportal
- (5) Darüber hinaus bietet das EVU Auskunft, Beratung und Unterstützung zu den netzgebietsspezifischen Themen wie folgt an:
  - a) Anschluss von Erneuerbare-Energien-Anlagen
  - b) Anschluss von Wärmepumpen
  - c) Anschluss von Elektroladestationen
- (6) Ferner verpflichtet sich das EVU, dass es
  - a) die telefonische Erreichbarkeit eines Ansprechpartners Montag bis Freitag gewährleistet, die dem tatsächlichen Bedarf der Netzkunden entspricht (mindestens 30 Stunden in der Woche). Die Telefonnummer ist auf der Homepage des Netzbetreibers veröffentlicht.
  - b) ein Beschwerdemanagement mit einer möglichst schnellen Bearbeitungsfrist, in der Regel innerhalb von fünf Werktagen, vorhält.
  - c) persönliche Beratungstermine der Netzkunden an einem Ort ihrer Wahl im Konzessionsgebiet in der Regel binnen fünf Werktagen nach Eingang des Beratungswunsches durchführt (Samstage, Sonn- und Feiertage, die innerhalb dieser Frist liegen, werden bei der Zählung übersprungen).
- (7) Das EVU verpflichtet sich, für eine kundenfreundliche Hausanschlusserstellung folgende unterschiedliche Kommunikationswege zur Beantragung eines Hausanschlusses anzubieten:

- a) Das EVU verfügt über einen digitalisierter Terminvergabeprozess zur Erstellung des Hausanschlusses.
  - b) Jeder Antragsteller erhält an Arbeitstagen (Montag bis Freitag) in der Regel binnen 10 Werktagen ab Eingang seines Antrags und nach Vorliegen aller erforderlicher Informationen von Seiten des Netzkunden ein Angebot für die Errichtung eines Standardhausanschlusses (Samstage, Sonn- und Feiertage, die innerhalb dieser Frist liegen, werden bei der Zählung nicht berücksichtigt).
  - c) Jeder Antragsteller erhält unter Nutzung des Online-Prozesses des EVU ohne Medienbruch binnen 48 Stunden ein Angebot für einen Standardhausanschluss, wenn der Antragsteller seinerseits den digitalen Kommunikationsweg eröffnet hat (z.B. unter Angabe seiner E-Mail-Adresse). Ein Standardhausanschluss ist der Anschluss eines Wohngebäudes mit 1-2 Wohneinheiten mit 16 – 25 kW.
  - d) Nach Vorliegen aller Voraussetzungen (genehmigungsrechtlicher Art sowie aller erforderlicher Informationen von Seiten des Netzkunden) wird ein Standardhausanschluss auf Kundenwunsch in der Regel innerhalb von vier Wochen, maximal bei Sondersachverhalten innerhalb von 12 Wochen erstellt.
  - e) Ein dem Kunden zugesagter Wunschtermin des Kunden zur Erstellung des Hausanschlusses wird nach besten Kräften eingehalten.
- (8) Zur kontinuierlichen Messung und Verbesserung der Kundenzufriedenheit führt das EVU in regelmäßigen Abständen Kundenzufriedenheitsbefragungen durch, bei denen auch die Zufriedenheit mit dem Stromnetzbetrieb abgefragt wird.

#### **§ 4 Umweltverträglicher Netzbetrieb, Treibhausgasneutralität und Einbindung von Erneuerbaren Energien**

- (1) Das EVU verpflichtet sich, zur Erweiterung der Netzkapazität, Maßnahmen zur Netzverstärkung und zur Netzoptimierung vorzunehmen, soweit dies für den Anschluss von Anlagen zur Einbindung Erneuerbarer Energien Anlagen in Ansehung der gesetzlichen Pflichten erforderlich und dem EVU wirtschaftlich zumutbar ist.
- (2) Das EVU verpflichtet sich zum umweltverträglichen Netzbetrieb u.a. durch folgende Maßnahmen:
  - a) Prüfung und vorrangiger Einsatz grabenloser Verfahren im Konzessionsgebiet vor jeder Baumaßnahme. Spülbohrverfahren werden nur nach Absprache mit der Stadt eingesetzt, um eine zu starke Bodenverdichtung zu vermeiden.
  - b) Das EVU verpflichtet sich, in Abstimmung mit der Stadt bzw. dem Garten- und Tiefbaubetrieb Lindau als deren Eigenbetrieb zu umweltfreundlichen Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur (Flora und Fauna).
  - c) Das EVU wird zusätzlichen Flächenverbrauch durch die Verlegung neuer Leitungen im Bereich vorhandener Trassen vermeiden, wenn dies wirtschaftlich zumutbar und technisch möglich ist.
  - d) Das EVU verpflichtet sich, Ausgleichsmaßnahmen zum Schutz von Flora und Fauna im Konzessionsgebiet nur in Abstimmung mit den unteren Naturschutzbehörden der Landkreise und in Abstimmung mit der Stadt bzw. dem Garten- und Tiefbaubetrieb Lindau als deren Eigenbetrieb durchzuführen.
  - e) Das EVU wird Bodenaushub einer umfassenden Wiederverwendungsprüfung unterziehen und bei Entsorgung von belastetem Erdreich den Entsorgungsnachweis der Stadt auf Anforderung vorlegen.

- f) Das EVU setzt Maßnahmen zum Schutz von Vögeln vor Stromschlägen und Kollision mit Freileitungen um, z. B. geeignete Abdeckungen auf Trennern und Traversen.
- (3) Das EVU verpflichtet sich, die von ihm beauftragten Dritten zur Einhaltung der eigenen verbindlichen Standards zur Umweltverträglichkeit für Tätigkeiten, die diese für das EVU beim Netzbetrieb erbringen, zu verpflichten.
- (4) Das EVU verpflichtet sich zum Einsatz umweltfreundlicher Verbrauchsmaterialien im Konzessionsgebiet wie folgt:
- a) Verwendung von ölfreien Transformatoren oder Ölauffangwannen oder Ester-Trafos oder Pflanzenöl-Trafos in Transformatoren-Stationen im Konzessionsgebiet.
  - b) Das EVU verpflichtet sich, ein Nachhaltigkeitskonzept zu erstellen und jährlich fortzuschreiben, in dem regelmäßig überprüft wird, ob und in welcher Weise weitere umweltfreundliche Verbrauchsmaterialien eingesetzt werden und Leitungsverluste weiter vermieden werden können. Soweit der Einsatz technisch möglich und gleich wirksam ist, ist das EVU zum Einsatz verpflichtet.
  - c) Zum Betrieb eigener E-Fahrzeuge wird vorzugsweise eigenproduzierter PV-Strom eingesetzt.
- (5) Das EVU verpflichtet sich zum Einsatz eines klimaschutzfreundlichen Fuhrparks zur Vermeidung schädlicher Treibhausgas-Emissionen, wenn dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Derzeit sind 50% des Fuhrparks bereits auf E-Fahrzeuge umgestellt. Aus Krisenschutzgründen werden daneben Einsatzfahrzeuge mit anderen Antriebsvarianten vorgehalten.
- (6) Das EVU wird sich in Abstimmung mit der Stadt nach besten Kräften bemühen, um eine Klimaneutralität des Netzbetriebs bis 2045 zu erreichen. Unter anderem wird das EVU folgende Maßnahmen umsetzen:
- a) Reduzierung von Verlustenergie durch Verwendung größerer Leitungsquerschnitte, möglichst Verwendung verlustarmer Transformatoren.
  - b) Verwendung von Ökostrom zum Betrieb der eigenen Anlagen und Betriebsgebäude.
- (7) Zur Umsetzung von Netzanschlussbegehren für Erneuerbare-Energien-Anlagen sagt das EVU folgende Leistungen zu:
- a) Einen standardisierten Prozess zum raschen Netzanschluss von Erneuerbaren-Energien-Anlagen,
  - b) den Anschluss von PV-Anlagen (bis 11 kW) an einen vorhandenen Netzanschluss ab Vorliegen aller kundenseitigen Bedingungen und Genehmigungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben, jedenfalls nicht später als nach den Fristen für die Herstellung eines Netzanschlusses gem. § 3 Abs. (7).
  - c) die Möglichkeit, Anträge zum Netzanschluss von PV-Anlagen (bis 11 kW) online auszufüllen und einzureichen,
  - d) Veröffentlichung seines Prozesses zur Mitteilung gemäß der Regeln nach § 19 Abs. 2 Netzanschlussverordnung (NAV) auf seiner Website.

**§ 5 Beseitigung stillgelegter Anlagen**

- (1) Die Stadt kann verlangen, dass stillgelegte Verteilungsanlagen auf Kosten des EVU unverzüglich, spätestens jedoch in der Regel innerhalb von sechs Wochen, maximal jedoch innerhalb von 12 Wochen nach Aufforderung entfernt werden. Das EVU informiert die Stadt unverzüglich und schriftlich über eine Stilllegung. Die Parteien können sich auf eine spätere Beseitigung verständigen.
- (2) Stillgelegte oberirdische Verteilungsanlagen sind vom EVU unabhängig von einem Beseitigungsverlangen der Stadt stets unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von sechs Wochen nach Stilllegung zu entfernen.
- (3) Verteilungsanlagen gelten als stillgelegt, wenn sie nicht mehr genutzt werden und eine Wiederinbetriebnahme innerhalb von zwei Jahren vom EVU nicht beabsichtigt ist. Die Darlegungs- und Beweislast für die Absicht, eine ungenutzte Verteilungsanlage innerhalb von zwei Jahren wieder in Betrieb zu nehmen, trägt das EVU. Eine Anlage gilt stets als stillgelegt, wenn sie für einen Zeitraum von zwei Jahren außer Betrieb war.
- (4) Stillgelegte Verteilungsanlagen sind durch das EVU zu dokumentieren und in dem Bestandsplanwerk zu kennzeichnen. Der Stadt wird die Position von stillgelegten Verteilungsanlagen auf Wunsch übermittelt.
- (5) Das EVU verzichtet hinsichtlich der Entfernungspflicht während der Laufzeit dieses Vertrages auf die Einrede der Verjährung.
- (6) Enthalten stillgelegte Verteilungsanlagen umweltschädliche Stoffe, sind diese auch ohne Entfernungsverlangen der Stadt unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von sechs Wochen nach Stilllegung zu entfernen, sofern die Umweltgefährdung nicht durch andere Maßnahmen (z. B. Versiegelung der Kabel) beseitigt werden kann oder die Parteien sich auf eine andere Vorgehensweise verständigt haben.
- (7) Ist eine Entfernung von stillgelegten Verteilungsanlagen im Rahmen von Baumaßnahmen als Nebenarbeit möglich, verpflichtet sich das EVU, diese Verteilungsanlagen zu entfernen.
- (8) Zur Vermeidung von Baumaßnahmen im Vertragsgebiet kann die Stadt aufgrund der Information nach Abs. (1) das EVU stets auffordern, von der Entfernung stillgelegter Anlagen abzusehen bzw. diese nur als Nebenarbeit im Rahmen anderer Baumaßnahmen durchzuführen.
- (9) Das EVU hat alle Kosten zu übernehmen, die der Stadt aus den stillgelegten Verteilungsanlagen entstehen.
- (10) Die Vertragspartner sind sich einig, dass stillgelegte Verteilungsanlagen bis zur Entfernung weiterhin Scheinbestandteile nach § 95 BGB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung sein sollen. Sollte das Eigentum auf die Stadt übergehen, ändert dies nichts an den vorstehenden Verpflichtungen des EVU.
- (11) Die Abs. (1) – (10) gelten nach Beendigung dieses Vertrages für Anlagen fort, die vor Beendigung des Vertrages bereits stillgelegt waren, soweit diese vom neuen Vertragspartner der Stadt nicht übernommen werden.

**§ 6 Konzessionsabgabe und Kommunalrabatt**

Als Entgelt für die nach § 2 Abs. 1 eingeräumten Nutzungsrechte zahlt das EVU an die Stadt Konzessionsabgaben im gesetzlich jeweils höchstzulässigen Umfang. Insbesondere

## **Stadt Lindau (B)**

### **Konzessionsvertrag Strom**

---

finden künftige gesetzliche Festlegungen zur Abgrenzung zwischen Tarif- und Sondervertragskunden im vorliegenden Vertragsverhältnis unmittelbar Anwendung. Satz 1 gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfälle nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.

- (1) Die Konzessionsabgabe beträgt derzeit
  - a) bei der Belieferung von Tarifkunden  
  
bei Strom, im Rahmen eines Schwachlasttarifs (§ 2 Abs. 1 a) KAV) 0,61 Cent,  
  
sonstige Stromlieferungen (§ 2 Abs. 1 b)  
bis 25.000 Einwohner 1,32 Cent,  
bis 100.000 Einwohner 1,59 Cent,
  - b) bei der Belieferung von Sondervertragskunden 0,11 Cent.
  - c) Ändert sich während der Vertragslaufzeit die Einwohnerzahl nach den Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes in der Weise, dass eine höhere oder niedrigere Konzessionsabgabe zu zahlen ist, gilt die abgesenkte oder erhöhte Konzessionsabgabe spätestens zum 01. Januar des auf die Feststellung folgenden Jahres.
- (2) Ergänzend gelten die Regelungen der Konzessionsabgabenverordnung.
- (3) Die Konzessionsabgabenzahlung ist spätestens bis zum 30.09. nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahr) an die Stadt zu zahlen. Auf die Konzessionsabgabenzahlungen an die Stadt werden von dem EVU vierteljährliche Abschlagszahlungen in Höhe von jeweils 25 % des Vor-Vorjahresbetrages am Ende des abgelaufenen Quartals geleistet, sofern nicht Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese Abschläge nicht sachgerecht sind. Die Abrechnung der für ein Kalenderjahr zu bezahlenden Konzessionsabgaben erfolgt bis spätestens Ende Juni des folgenden Jahres. Unterschiedsbeträge zwischen Abschlagszahlungen und Schlussabrechnung werden mit der auf die Schlussabrechnung folgenden Abschlagszahlungen saldiert und nicht verzinst. Dabei sind die Abrechnung, die ihr zugrunde gelegten Daten sowie deren Ermittlung nachvollziehbar darzustellen. Die Grundlagen der Ermittlung werden auf Verlangen der Stadt oder einem beauftragten Dritten in geeigneter Weise nachgewiesen und erläutert.
- (4) Die Stadt ist berechtigt, von dem EVU nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.
- (5) Das EVU gewährt der Stadt, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den jeweils höchst zulässigen Preisnachlass für den Netzzugang von 10% des Netto-Rechnungsbetrages zzgl. Umsatzsteuer. Rechnungsbetrag für den Netzzugang ist nach dem derzeitigen Stand der Rechtsprechung (BGH, Beschl. v. 20. Juni 2017 - EnVR 24/16, EnWZ 2017, 454; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 29.09.2021, 3 Kart 210/20) lediglich der auf den Netzzugang bezogene Rechnungsbetrag ohne Abgaben, Umlagen und Entgelte für den Messstellenbetrieb. Sollte sich das Verständnis zum zu rabattierenden Rechnungsbetrag durch höchstrichterliche Rechtsprechung ändern, berücksichtigt das EVU dies ab dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Entscheidung.



- (6) Auf Wunsch der Stadt gewährt das EVU den Kommunalrabatt in Form bereits entsprechend reduzierter Netznutzungsentgelte oder in Form einer Gutschrift am Jahresende (oder dieser bei einer Abtretung des Anspruchs von der Stadt an ihren Energielieferanten an diesen).
- (7) Bei der Konzessionsabgabe handelt es sich um einen Nettobetrag. Das EVU geht davon aus, dass die Ausnahmen des § 4 Nr. 12 lit. a UStG vorliegend nicht erfüllt sind. Zusätzlich zum Nettobetrag wird deshalb die Umsatzsteuer in der gesetzlich geltenden Höhe angesetzt. Sollte aufgrund gesetzlicher Änderungen, Entscheidungen des Bundesfinanzhofes, des Europäischen Gerichtshofes, durch Verwaltungsanweisungen des Bundesfinanzministeriums oder aus einem anderen Grund die Leistung aus diesem Vertrag zukünftig als nicht steuerbar angesehen werden, entfällt die Umsatzsteuer. Die Gemeinde bestätigt dem EVU zu Beginn jeden steuerrelevanten Jahres, dass sie das Konzessionsrecht ausschließlich für Umsätze verwendet oder zu verwenden beabsichtigt, die den Vorsteuerabzug nicht ausschließen. Das EVU ist zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Sofern die in § 2 KAV festgesetzten Höchstbeträge für Konzessionsabgaben vom Gesetz- oder Verordnungsgeber verändert werden oder die KAV durch ein anderes Gesetz bzw. eine andere Verordnung ersetzt wird, wird das EVU seine Konzessionsabgabenzahlung an die neuen Höchstbeträge ab dem vom Gesetz- bzw. Verordnungsgeber vorgegebenen gesetzlichen Änderungszeitpunkt anpassen. Sollte die Konzessionsabgabe aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder Verwaltungsanordnung bzw. in Folge der Rechtsprechung ersatzlos wegfallen, werden die beiden Vertragsparteien Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, der Stadt eine anderweitige, wirtschaftlich gleichwertige Gegenleistung zu verschaffen, soweit dies rechtlich zulässig ist.

## **§ 7 Bau und Betrieb von Leitungen**

Das EVU errichtet die Verteilungsanlagen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und hält diese in einwandfreiem, betriebsfähigem Zustand. Dabei ist das Regelwerk des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik e.V. (VDE) zu beachten. Das EVU wird die Verteilungsanlagen im Stadtgebiet nach Maßgabe der § 1 EnWG-Ziele planen, errichten, instand halten und betreiben.

## **§ 8 Absicherung einer schnellen Störungsbeseitigung**

- (1) Das EVU sagt zu, über eine ausreichende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter für die Durchführung eines Netzbetriebs und eine möglichst schnelle Störungsbeseitigung zu verfügen.
- (2) Zur Beseitigung von Störungen hält das EVU eine 24/7 Rufbereitschaft vor, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regelarbeitszeit unverzüglich eine Störungsbeseitigung durchführt.
- (3) Innerhalb der Regelarbeitszeit sagt das EVU eine maximale Reaktionszeit nach Eingang der Störungsmeldung von maximal 30 Minuten zu.
- (4) Außerhalb der Regelarbeitszeit sagt das EVU eine maximale Reaktionszeit nach Eingang der Störungsmeldung von in der Regel 30 Minuten, maximal 60 Minuten zu.
- (5) Das EVU sagt zu, spätestens 12 Monate nach Abschluss des Vertrages über eine TSM-Zertifizierung zu verfügen und regelmäßige Rezertifizierungen vorzunehmen.
- (6) Das EVU hat derzeit ca. 50 % der Mittelspannungs-Ortsnetzstationen an Fernwirktechnik angebunden und wird regelmäßig prüfen, ob eine weitere Umrüstung von bestehenden Mittelspannungs-Ortsnetzstationen technisch sinnvoll ist. Im Nieder-

spannungsnetz verpflichtet sich das EVU, ein Konzept zur Entmaschung und Steuerbarkeit des Netzes spätestens innerhalb von fünf Jahren zu entwickeln und der Stadt einen Umsetzungszeitraum mitzuteilen.

- (7) Das EVU verpflichtet sich, nach Änderung der Netzstruktur (Entmaschung), zur Absicherung der Versorgungssicherheit selbst oder über Dritte Notstromaggregate vorzuhalten.
- (8) Das EVU verpflichtet sich selbst oder über vertragliche Vereinbarungen eine Tiefbaubereitschaft 24/7 abzusichern.
- (9) Der Stadt stehen Informationsrechte zu den vorstehenden Leistungen gem. § 24 Abs. 3 zu.

#### **§ 9 Effektiver Entstörungsprozess mit umfassender Information für Netzkunden und Stadt**

- (1) Das EVU informiert Netzkunden/Anwohner, Bürger, Gewerbetreibende und die Stadt über geplante Unterbrechungen im Versorgungsnetz sowie über ihre mögliche Dauer rechtzeitig und in geeigneter Weise, derzeit über Einwurfzettel oder per Brief an die unmittelbar Betroffenen. Bei ungeplanten Störungen erfolgt eine unverzügliche Information unter Nutzung mehrerer geeigneter zur Verfügung stehender Kommunikationskanäle im Konzessionsgebiet, soweit es sich um eine erhebliche Störung (Kreis der betroffenen Anschlussnutzer von 20 bis 30 Hausanschlüssen und/oder Dauer von mehr als 2 Stunden für die Störungsbeseitigung) handelt. Die Pflichten aus § 17 Abs. 2 NAV bleiben unberührt.
- (2) Unabhängig von einer Information gem. Abs. 1 informiert das EVU eine von der Stadt benannte Stelle über das Vorliegen einer Störung, die Anzahl der betroffenen Anschlussnutzer sowie die Maßnahmen und Dauer der Wiederherstellung der Versorgung. Nach Beseitigung erheblicher Störungen informiert das EVU die Stadt über Maßnahmen zur Vermeidung künftiger vergleichbarer Störungen.

#### **§ 10 Netzleitstelle**

- (1) Das EVU verpflichtet sich, für die Vertragslaufzeit zum Betrieb des Netzes mittels Netzleitstelle, die in seinem Eigentum steht, auf die es aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zugreifen kann oder die ein zuverlässiges Drittunternehmen für das EVU betreibt. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bedient sich das EVU eines zuverlässigen Dienstleisters in Schwäbisch Hall.
- (2) Die Netzleitstelle wird für folgende Aufgabenbereiche eingesetzt:
  - a) Netzführung
  - b) Anlagenüberwachung
  - c) Störungsrufannahme und Störungscoordination
- (3) Die Netzleitstelle verfügt u.a. über folgende redundante Kommunikationsmittel:
  - a) Satellitentelefon
  - b) Notfallapparat mit separater Notfallnummer
- (4) Die Netzleitstelle ist während der Regelarbeitszeit (aktuell: 8 bis 16 Uhr) mit mindestens 2 Mitarbeitern besetzt. Im Bedarfsfall können weitere Mitarbeiter hinzugezogen werden. Die Mitarbeiter verfügen mindestens über folgende Qualifikationen:
  - a) Fachkraft Meldestelle

- b) Techniker
  - c) Meister
- (5) Außerhalb der Regelarbeitszeit ist die Netzleitstelle mit 1 Mitarbeitern besetzt, die über folgende Mindestqualifikationen verfügen:
- a) Fachkraft Meldestelle
  - b) Techniker
  - c) Meister
- (6) Die Netzleitstelle ist durch technische Einrichtungen und/oder den Zugriff auf weitere Netzleitstellen gegen Stromausfall und Angriffe von außen gesichert. U.a. verfügt die Netzleitstelle über folgende technische Einrichtungen, die die Verfügbarkeit und Ausfallsicherheit der Netzleitstelle (Krisenfestigkeit) bewirken:
- a) Redundante USW-Anlagen für Leitstelle und Rechenzentrum
  - b) Notstromaggregat (mit Diesel betrieben)
  - c) Effektive Zutrittskontrollen und Schließanlagen

#### **§ 11 Geringstmögliche Netzausfallzeiten und Präventivmaßnahmen**

- (1) Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe betragen die durchschnittlichen SAIDIEnWG-Gesamt-Werte der letzten drei Kalenderjahre für das vom EVU betriebene Netzgebiet:
- 5,09 Minuten (2023)
  - 2,95 Minuten (2022)
  - 3,91 Minuten (2021)
- (2) Das EVU verpflichtete sich, für sein Netzgebiet einschließlich des Konzessionsgebiets einen SAIDIEnWG-Gesamt-Wert wie folgt nicht zu überschreiten:
- Durchschnittlich über 3 Jahre unter fünf Minuten
- (3) Das EVU gewährleistet den Schutz der Netzanlagen vor Extremwetterereignissen (z.B. Hochwasser, Starkregen, u.a.). Hierzu sagt das EVU folgende Maßnahmen konkret zu:
- a) Hochwasserschutz an Kabelverteilern durch Einbau von Sockelerhöhungen,
  - b) Berücksichtigung von Hochwassergefahrenkarten bei der Errichtung von Neuanlagen, insbesondere möglichst keine Planung von Trafostationen in den Gefährdungsgebieten oder Absicherung gegen Hochwassergefahr,
  - c) beim Ersatz von Altanlagen in Hochwassergefährdungsgebieten sind besondere Sicherheitsvorkehrungen gegen Wasserschäden durch Hochwasser oder Starkregen zu treffen.
- (4) Die Parteien stimmen sich nach Vertragsschluss ab, wie für das EVU zukünftig die Einsatzfähigkeit und Erreichbarkeit im Hochwasserfall über eine gesonderte Zufahrt erfolgen kann.

- (5) Das EVU verpflichtet sich, für den Krisenfall Einsatzfahrzeuge vorzuhalten, die auch bei Hochwasser und Starkregen durch Allradantrieb und ausreichende Reichweite einsatzfähig sind.
- (6) Zur Absicherung einer schnellen Störungsbeseitigung verpflichtet sich das EVU die notwendigen Ersatzteile für Standardschäden vorzuhalten oder von Dritten vorhalten zu lassen, u. a.:
  - d) Sicherungen
  - e) Kabel / Kabelgarnituren (Muffen, Endverschlüsse, Verbinder, etc.)
  - f) Stromverteilungseinrichtungen (Kabelverteiler, Zähleranschlusssäulen, Hausanschlusssäulen, etc.)
- (7) Das EVU arbeitet derzeit schon mit benachbarten regionalen EVU zusammen und hat dadurch Zugriff auf weitere Ersatzteile und kürzere Beschaffungsfristen. Diese Zusammenarbeit wird noch intensiviert.

## **§ 12 Sicherer Netzbetrieb**

- (1) Das EVU etabliert Prozesse zur Evaluierung von Risiken bei Tätigkeiten im Netzbetrieb und Netzbau unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Anlagentypen und leitet daraus Arbeitsschutzmaßnahmen nach einer regelmäßigen Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung der BetrSichV und ArbStättV sowie der DIN-Normen und des VDE-Regelwerks ab.
- (2) Das EVU verfügt über Regelwerke, in denen die organisatorischen Maßnahmen zum Arbeitsschutz für Mitarbeiter verbindlich festgeschrieben werden. Die Regelwerke sind im digitalen Organisationshandbuch einsehbar.
- (3) Als Maßnahme der Netzbetriebsqualität und des Arbeitsschutzes verpflichtet sich das EVU Weiterbildungsangebote für seine Mitarbeiter vorzuhalten, die sowohl den Erwerb der für einen sicheren und regelkonformen Netzbetrieb notwendigen Qualifizierungen der Mitarbeiter sicherstellen als auch eine Weiterqualifizierung ermöglichen.
- (4) Das EVU verfügt über ein Weiterbildungskonzept und -management, in dem die für bestimmte Tätigkeiten erforderlichen Qualifizierungen vorgeschrieben sind und die Erfüllung der Weiterbildungsanforderungen regelmäßig überprüft werden. Die Qualifizierungsanforderungen sind mindestens nach Maßgabe der jeweils geltenden Regelwerke fortzuentwickeln.

## **§ 13 Investitionszusagen**

- (1) Das EVU verpflichtet sich nach Abschluss des Vertrages ein Netzentwicklungskonzept aufzustellen und jährlich fortzuschreiben, welches eine Kurzfrist-, Mittelfrist- und Langfristplanung umfasst. In der Investitionsstrategie sind Zusagen zum Netzausbau/-erweiterung, -modernisierung und -erneuerung abzubilden und zu konkretisieren. In diesem Konzept muss die Einbindung von Ladeinfrastruktur und erneuerbaren Energien berücksichtigt sein.
- (2) Das EVU stellt der Stadt jährlich in der jeweils zweiten Novemberhälfte das Netzentwicklungskonzept mit einer Investitionsplanung für die nächsten 10 Kalenderjahre vor. Darin schlägt das EVU der Stadt gleichzeitig eine Rehabilitationsrate für das Stromnetz vor und stimmt diese mit der Stadt für das Folgejahr ab. Die Stadt kann eine abweichende Rehabilitationsrate fordern, wenn dies aus netztechnischer Sicht umsetzbar ist und den gesetzlichen oder behördlichen Pflichten des Netzbetreibers nicht widerspricht.

- (3) Das EVU verpflichtet sich, in dem Netzentwicklungskonzept aller Verteilungsanlagen im Vertragsgebiet, eine Anlagenüberalterung zu vermeiden.
- (4) Auf Anfrage der Stadt ermittelt das EVU potenzielle Standorte im Konzessionsgebiet für den Anschluss von Ladeinfrastruktur differenziert nach max. Leistungswerten zu ermitteln und diese der Stadt für die Erstellung von Standortplänen zur Ladeinfrastruktur im Konzessionsgebiet mitzuteilen.

#### **§ 14 Instandhaltungszusagen**

- (1) Das EVU verfolgt im Netzgebiet eine Wartungs- und Instandhaltungsstrategie, die mit den gesetzlichen Vorgaben und sämtlichen einschlägigen Regelwerken, insbesondere des VDE, in Einklang steht. Dabei setzt das EVU das Konzept der vorbeugenden Instandhaltung um. Dabei werden aus vorhandenen Zustandsdaten Maßnahmen abgeleitet (unter anderem Alter, Material, Erfahrung von Störanfälligkeit, Erfahrung von Mitarbeitern).
- (2) Zur Umsetzung der Wartungs- und Instandhaltungsstrategie sowie zur Dokumentation der Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen setzt das EVU IT-Lösungen wie folgt ein:
  - a) Betriebsmitteldatenbank (aktuell: K3V)
  - b) Geodaten-Informationssystem mit Schnittstelle zu Betriebsmitteldatenbank

#### **§ 15 Durchführung von Baumaßnahmen im Straßenraum**

- (1) Das EVU wird die Stadt rechtzeitig, mindestens mit einem Vorlauf von 3 Monaten, über beabsichtigte Baumaßnahmen an den Verteilungsanlagen informieren, damit der Stadt die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Die Stadt kann Änderungen geplanter Baumaßnahmen verlangen, wenn diese Änderung für das EVU technisch und wirtschaftlich in zumutbarer Weise umsetzbar sind.
- (2) Das EVU wird eine Genehmigung von Baumaßnahmen (sog. Aufgraberlaubnis) in öffentlichen Verkehrsflächen mindestens vier Wochen vor Beginn der Baumaßnahme bei der Stadt einholen. Ausgenommen sind solche Maßnahmen im öffentlichen Straßenland, die zur Behebung einer Störung oder zur Errichtung eines Hausanschlusses unverzüglich umgesetzt werden müssen (Sofortmaßnahmen). Bei Sofortmaßnahmen ist die Stadt unverzüglich zu unterrichten.
- (3) Die Zustimmung kann nur versagt werden, wenn überwiegende öffentliche Interessen oder sonstige wesentliche Belange der Stadt entgegenstehen. Die Stadt kann der Ausführung unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen widersprechen. Sofern für die Durchführung der Baumaßnahme das Einholen einer verkehrsrechtlichen Genehmigung (§ 45 StVO) erforderlich ist, hat das EVU diese vor Beginn der Baumaßnahme einzuholen.
- (4) Das EVU muss dafür Sorge tragen, dass durch Straßenarbeiten die Sicherheit nicht und Leichtigkeit des Verkehrs möglichst wenig behindert wird. Die Verantwortung für Verkehrssicherungspflichten für diese Arbeiten trägt das EVU. Baustellen sind abzusperren und zu kennzeichnen. Durch die Bauarbeiten dürfen die Zugänge zu den angrenzenden Grundstücken sowie der Anliegerverkehr nicht mehr als vermeidbar beschränkt werden.
- (5) Das EVU verpflichtet sich, dass auf Baustellen des EVU eine Verständigung mit dem Vorarbeiter (Aufsichtsführender bzw. dessen Vertretung) in deutscher Sprache sichergestellt ist. Dies gilt auch beim Einsatz von Dienstleistern.

- (6) Das EVU hat bei Bauarbeiten Entwässerungsanlagen, Anlagen zur Straßenbeleuchtung, Leitungen oder sonstige gemeindliche Anlagen nach Weisungen der Stadt zu sichern und wiederherzustellen. Dies gilt entsprechend für Anlagen Dritter, die die Erfüllung gemeindlicher Aufgaben übernommen haben.
- (7) Vor Beginn einer Baumaßnahme wird das EVU eine detaillierte Dokumentation einschließlich Fotodokumentation der betroffenen Flächen anfertigen. Die Dokumentation stellt das EVU der Stadt unaufgefordert nach Abschluss der Baumaßnahme zur Verfügung.
- (8) Auf Wunsch der Stadt erfolgt vor Beginn der Baumaßnahme eine gemeinsame Begehung der betroffenen Flächen.
- (9) Die für die Ausführung der Arbeiten des EVU in öffentlichen Verkehrswegen geltenden gesetzlichen Vorschriften und sonstige Bestimmungen für solche Arbeiten zur Sicherung des Verkehrs bzw. zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Wiederherstellung der betroffenen Flächen sind zu beachten. Es gelten die anerkannten Regeln der Straßenbautechnik, die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie die einschlägigen technischen Regelwerke, Normen und Sicherheitsvorschriften, insbesondere die DIN-, VDE (FNN)-, und VDN-Bestimmungen, Unfallverhütungsvorschriften sowie die behördlichen Genehmigungen mit darin enthaltenen Auflagen und Bedingungen, insbesondere im Hinblick auf die Betriebssicherheit und Belange des Umweltschutzes. Insbesondere folgende Vorschriften, Normen und Regelungen sind in der jeweils geltenden Fassung zu beachten:
- Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BStrWG),
  - Denkmalschutzgesetz Bayern (BayDSchG)
  - DIN 1998 – Unterbringung von Leitungen und Anlagen in öffentlichen Flächen (Richtlinien für die Planung),
  - DIN 1076 – Ingenieurbauwerke im Zuge von Straßen und Wegen (Überwachung und Prüfung),
  - DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen,
  - Richtlinien für das Verlegen und Anbringen von Leitungen an Brücken (RI-LEI-BRÜ),
  - Richtlinien für die Anlage von Straßen (RAS), Teil: Landschaftsgestaltung (RAS-LG); Abschnitt 4; Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen (RAS-LG4),
  - Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen,
  - Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA),
  - Allgemeine Technische Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Telekommunikationslinien (ATB TeleStra),
  - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen (ZTV-SA),
  - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (ZTV A – StB),
  - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau (ZTV E – StB),
  - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau (ZTV T – StB),
  - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Asphalt (ZTV Asphalt – StB),
  - DIN 4124 (Baugruben und Gräben; Böschungen, Verbau, Arbeitsraumbreiten),
  - DIN 18300 (Erdarbeiten),
  - UVV VBG 9a (Lastaufnahmeeinrichtungen im Hebezeugbetrieb),
  - UVV VBG 40 (Erdbaumaschinen),

- BGV A1 (Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen – Baustellenverordnung),
- ZTV A – StB97 (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen),
- DIN 18915 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten),
- DIN 18916 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Pflanzen und Pflanzarbeiten),
- DIN 18917 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Rasen und Saatarbeiten),
- DIN 18918 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Ingenieurbiologische Sicherungsbauweisen – Sicherungen durch Ansaaten, Bepflanzungen, Bauweisen mit lebenden und nicht lebenden Stoffen und Bauteilen, kombinierte Bauweisen),
- DIN 18320 (VOB Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) – Landschaftsbauarbeiten).

## **§ 16 Wiederherstellung von Oberflächen**

- (1) Nach Beendigung der Bauarbeiten wird das EVU die benutzten Grundstücke oder Bauwerke nach Maßgabe der jeweils allgemein anerkannten Regeln der Technik (z.B. ZTV A-StB 12) wieder in den vorherigen bzw. einen gleichwertigen Zustand versetzen. Altes Bodenmaterial ist zur Verfüllung ungeeignet und deshalb durch verdichtungsfähiges Material unterhalb des Frostschutzkieses auszutauschen und der Frostschutzkies wiederherzustellen. Schäden, die auf Arbeiten des EVU zurückzuführen sind, wird das EVU auf seine Kosten unverzüglich beseitigen.
- (2) Für die Festlegung der Ausführungsweise der Wiederherstellung der Verkehrsfläche gemäß Abs. 1 gilt folgendes Verfahren: Das EVU holt vor Beginn der Baumaßnahme den Entscheid der Stadt zu Art, Aussehen, Struktur und Qualität der Verkehrsfläche ein. Auf Wunsch der Stadt findet hierzu ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin statt. Das EVU informiert die Stadt mittels geeigneter Unterlagen (z. B. Pläne, Fotos) über die mögliche Ausgestaltung der Verkehrsfläche und ist berechtigt, Hinweise und Empfehlungen abzugeben. Unabhängig davon hat das EVU die Vorgaben der Stadt umzusetzen. Je nach den Vorgaben der Stadt wird das EVU die Verkehrsflächen wieder in den vorherigen bzw. einen gleichwertigen Zustand versetzen oder – sofern die Stadt es wünscht – eine Zustandsverbesserung der Verkehrsflächen herbeiführen bzw. an Stelle der Wiederherstellung eine entsprechende Entschädigung leisten. Die durch die Zustandsverbesserung oder die Herstellung einer abweichenden Verkehrsfläche entstehenden zusätzlichen Kosten hat die Stadt zu tragen. Einen Kostenvorteil, der durch die gewünschte Herstellung eines geringerwertigen Zustandes entsteht, wird das EVU unverzüglich an die Stadt weitergeben.
- (3) Die Wiederherstellung gemäß Abs. 1 erfolgt spätestens binnen zwei Wochen nach Beendigung der Bauarbeiten, es sei denn, die Witterungsbedingungen lassen dies nicht zu. Für diesen Fall ist eine Übergangslösung zu finden.
- (4) Die Stadt kann jederzeit weitere gemeinsame Vor-Ort-Termine verlangen, insbesondere auch zu Kontrollzwecken während der Durchführung der Wiederherstellung der Verkehrsflächen. Das EVU hat die Stadt dabei über wesentliche Ausführungsschritte zu informieren. Insbesondere vor dem Einbau von gebundenen Tragschichten oder Deckschichten hat das EVU der Stadt die Gelegenheit zur Kontrolle einer fachgerechten Ausführung zu geben.
- (5) Das EVU verpflichtet sich dazu, dass bei allen Baumaßnahmen an öffentlichen Straßen die Verfüllzone nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (insbesondere den jeweils geltenden Vorgaben der ZTV E-StB) verdichtet und die Qualität der Arbeiten einer fachgerechten, dem Stand der Technik entsprechenden Verdichtungsprüfung unterzogen wird (insbesondere statischer bzw. dynamischer Plattendruckversuch).

- (6) Das EVU verpflichtet sich, bei der Verfüllung von Gräben keinen Flüssigboden einzusetzen, sofern die Stadt dies nicht explizit wünscht.
- (7) Vor Beginn und nach Abschluss einer Baumaßnahme erstellt das EVU jeweils eine Fotodokumentation der betroffenen Abschnitte der öffentlichen Verkehrswege. Die Bilddateien sind so zu erstellen, dass sie das Datum der Aufnahme des Fotos enthalten. Die Fotodokumentation wird der Stadt unaufgefordert nach Abschluss der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt.

## **§ 17 Gewährleistung**

- (1) Das EVU teilt der Stadt die Beendigung der Bauarbeiten (ggf. einzelner abgeschlossener Bauabschnitte) sowie ein Abnahmeverlangen in Textform mit.
- (2) Auf Wunsch der Stadt findet zeitnah nach Beendigung eine gemeinsame Abnahme statt. Über die Abnahme wird eine gemeinsame Niederschrift gefertigt, in der etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Die Niederschrift wird der Stadt in elektronischer Form übermittelt. Bei wesentlichen Mängeln kann die Stadt die Abnahme verweigern. Nachdem das EVU die wesentlichen Mängel behoben hat, teilt das EVU die Beendigung der Bauarbeiten erneut mit. In diesem Fall gelten die Regelungen nach Satz 2 bis 4 entsprechend.
- (3) Der Abnahme steht es gleich, wenn die Stadt auf die Abnahme verzichtet oder sie die Arbeiten nicht innerhalb einer vom EVU bestimmten angemessenen Frist, mindestens jedoch vier Wochen, abnimmt, obwohl sie dazu verpflichtet ist. Über die Abnahme stellt die Stadt eine Bescheinigung aus.
- (4) Aufgezeigte Mängel sind unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monate ab Aufforderung der Stadt durch das EVU zu beseitigen. Ist eine solche Beseitigung aufgrund der Witterungsverhältnisse nicht innerhalb von 2 Monaten möglich, hat das EVU die aufgezeigten Mängel ab Aufforderung durch die Stadt spätestens innerhalb von 3 Monaten zu beseitigen. Andernfalls ist die Stadt berechtigt, die Mängel im Wege der Ersatzvornahme im Sinne von § 637 BGB auf Kosten des EVU zu beseitigen.
- (5) Für die einwandfreie Wiederherstellung der benutzten Grundstücke hat das EVU Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab erfolgreicher Abnahme der Arbeiten. Wird keine Abnahme durchgeführt, beginnt die Gewährleistungsfrist 12 Wochen, nachdem das EVU die Beendigung der Arbeiten mitgeteilt hat.
- (6) Während der Gewährleistungsfrist festgestellte Mängel sind unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen ab Aufforderung der Stadt durch das EVU zu beseitigen. Kommt das EVU dem nicht nach, ist die Stadt ohne erneute Aufforderung berechtigt, die Mängel im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des EVU zu beseitigen. Das EVU hat die Stadt über die Beseitigung des Mangels zu informieren. Die Stadt kann eine Abnahme der Arbeiten verlangen. Insoweit gelten die Regelungen aus Abs. 1 bis 4 entsprechend.
- (7) Die Parteien werden frühestens sechs, spätestens drei Monate vor Ablauf der Gewährleistungsfrist eine Besichtigung der wiederhergestellten Verkehrswege bzw. Grundstücke zur Untersuchung auf etwaige Mängel durchführen. Dabei festgestellte Mängel an den ausgeführten Arbeiten wird das EVU in einem Protokoll dokumentieren und der Stadt unverzüglich übermitteln.

## **§ 18 Koordinierte Leitungsverlegung**

- (1) Das EVU verpflichtet sich, der Stadt bis spätestens 30.06. eines jeden laufenden Jahres größere (>100.000 EUR brutto), durch das EVU geplante Baumaßnahmen (z. B.



die Verkabelung der Freileitungen sowie Verkabelungsmaßnahmen im Zuge des Netzausbaus) für das Folgejahr mitzuteilen, damit die Stadt dies bei ihrer Haushaltsplanung für eigene Baumaßnahmen berücksichtigen kann.

- (2) Das EVU verpflichtet sich, bei Baumaßnahmen maßnahmenbezogen jeweils einen festen entscheidungsbefugten Ansprechpartner aus dem Baubereich für die Stadt und Dritte (d. h. alle im Vertragsgebiet tätigen Infrastrukturbetreiber, Straßenbaulastträger und Bauherren) zu benennen. Eine Vertretung des jeweiligen Ansprechpartners im Urlaubs- und Krankheitsfall wird durch das EVU sichergestellt.
- (3) Das EVU verpflichtet sich, mindestens einmal im Jahr, auf Wunsch der Stadt aber auch öfter, an Koordinationsgesprächen mit dem Bauamt der Stadt zu geplanten und laufenden Baumaßnahmen teilzunehmen, um sich insbesondere zum Baufortschritt sowie zur Nutzung von Effizienzpotenzialen durch gemeinsame Straßenaufbrüche abzustimmen. Darüber hinaus verpflichtet sich das EVU zu frühzeitigen Abstimmungen von Baumaßnahmen mit anderen Infrastrukturbetreibern, die im Konzessionsgebiet tätig sind (z.B. Wasser/Abwasser, TK-/Breitbandanbieter).
- (4) Das EVU verpflichtet sich, regelmäßig und anlassbezogen Baustellenbesprechungen mit den an der jeweiligen Baumaßnahme Beteiligten (Stadt und Dritte) durchzuführen. Die Baustellenbesprechungen dienen dem gemeinsamen Austausch über die Vorbereitung, die Durchführung und den Abschluss der Baumaßnahmen einschließlich der Wiederherstellung der Verkehrsflächen. Für jede Baumaßnahme werden Baustellenbesprechungen nach jeweiligen Erfordernissen und Vereinbarung in den Räumlichkeiten der Stadt bzw. des Dritten, des EVU oder am Ort der jeweiligen Baustelle durchgeführt.
- (5) Das EVU verpflichtet sich, die Baumaßnahmen so durchzuführen und zu koordinieren, dass möglichst kurze Bauzeiten realisiert werden. Unter anderem werden Zeiträume vermieden, in denen die Baumaßnahmen ruhen.

## **§ 19 Schonung des Ortsbildes und der Straßenoberflächen**

### **(1) Unterirdische Leitungsverlegung**

- a) Das EVU verpflichtet sich, alle neuen Stromversorgungsleitungen im Vertragsgebiet unterirdisch als Kabel wie folgt zu verlegen (Erdverkabelung).
- b) Verkabelung von Bestandsfreileitungen:
  - Das EVU gewährleistet aktuell einen Verkabelungsgrad von über 90 % und wird innerhalb von 10 Jahren nach Vertragsschluss 100 % erreichen.
  - Freileitungs-Hausanschlüsse werden nicht verkabelt, wenn der jeweilige Netzkunde widerspricht und eine Verkabelung rechtlich nicht durchsetzbar ist.
  - Auf Wunsch der Stadt können die zugesagten Verkabelungsmaßnahmen zeitlich verschoben oder anders priorisiert werden, sofern dies nicht den gesetzlichen Netzbetreiberaufgaben nach §§ 11 ff. EnWG oder entsprechenden Nachfolgeregelungen widerspricht und auf Seiten des EVU keine technischen oder wirtschaftlichen Gründe entgegenstehen.

### **(2) Mitverlegung von Leitungen und Nutzung von Leerrohren**

- a) Das EVU verpflichtet sich zur Nutzung der durch die Stadt oder Dritte veranlassten Straßenaufbrüche, soweit dem keine maßgeblichen technischen oder wirtschaftlichen Gründe entgegenstehen.

- b) Das EVU verpflichtet sich, die Terminplanung eigener Baumaßnahmen an den Maßnahmen der Stadt auszurichten, indem eigene Maßnahmen vorgezogen werden, wenn eine Störanfälligkeit an den Anlagen festgestellt wurde oder die Anlagen bereits abgeschrieben sind oder soweit technisch vertretbar zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Soweit dem keine maßgeblichen technischen oder wirtschaftlichen Gründe entgegenstehen, wird das EVU Maßnahmen auch mehr als ein Jahr vorziehen. Voraussetzung für die Verschiebung von Maßnahmen durch das EVU ist, dass dadurch Straßenaufgraben vermieden oder reduziert werden können.
- c) Ist das EVU der Ansicht, dass maßgebliche technische oder wirtschaftliche Gründe einer Maßnahme gemäß Abs. 2 lit. a) und b) entgegenstehen, so hat das EVU dies gegenüber der Stadt in Textform zu begründen.
- d) Das EVU verpflichtet sich, vorhandene Leerrohranlage, die nicht zur Stromversorgung benötigt werden, der Stadt für die eigenen Leitungsverlegung zu marktüblichen Preisen zur Verfügung zustellen. Soweit gesetzlich bereits Mitnutzungspflichten bestehen, sind diese vorrangig zu beachten.

### **(3) Aufbruchsperrern**

- a) Das EVU darf nach einer vollständigen Erneuerung einer befestigten Oberfläche durch die Stadt oder nach Wiederherstellung einer Oberfläche nach eigenen Maßnahmen erneute Aufgrabungen in dem erneuerten Abschnitt des Verkehrswegs nicht vor Ablauf einer Sperrfrist von 5 Jahren vornehmen. Die Stadt wird das EVU mindestens sechs Monate vor Baubeginn über eine beabsichtigte vollständige Erneuerung der Oberfläche in Textform unterrichten.
- b) Von lit. a) ausgenommen sind unvorhersehbare Maßnahmen, insbesondere zur Störungsbeseitigung sowie Maßnahmen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, wie z. B. die Errichtung von Netzanschlüssen (inkl. notwendigen Netzverstärkungen).

### **(4) Beseitigung von Pflanzen und Ersatzpflanzungen**

- a) Werden im Rahmen einer Baumaßnahme vorhandene Grünpflanzen der Stadt (u. a. Bäume und Sträucher) beeinträchtigt, wird das EVU Ersatzpflanzungen vornehmen. Die Stadt kann jeweils einen Ort im Vertragsgebiet benennen, an dem die Ersatzpflanzung erfolgen soll. Entsteht durch die Ersatzpflanzungen an einem anderen Ort im Vergleich zur Ersatzpflanzung am Ort der Baumaßnahme ein Mehraufwand, ist dieser von der Stadt marktüblich zu vergüten.
- b) Das EVU verpflichtet sich, seine interne Dokumentation über die durchgeführten Ersatzpflanzungen der Stadt auf Wunsch zur Verfügung zu stellen. In der Dokumentation ist festgehalten, für welche Grünpflanzen Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden, an welchen Standorten sich die Ersatzpflanzungen befinden und um welche Pflanzen es sich handelt.
- c) Gehen Grünpflanzen innerhalb von 5 Jahren nach Beendigung von Baumaßnahmen des EVU im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang ein, ist davon auszugehen, dass das EVU Verursacher ist. Das EVU ist in diesem Fall entsprechend lit. a) zur Ersatzpflanzung verpflichtet. Das EVU kann den Gegenbeweis führen (z. B. Beschädigung durch Dritte oder fehlende Bewässerung).

## **§ 20 Bestandsplanwerk**

- (1) Das EVU führt ein Bestandsplanwerk über ihre in der Stadt vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS), in dem alle vorhandenen Verteilungsanlagen in ihrer Lage und mit ihren technischen

Details dokumentiert werden. Das Bestandsplanwerk enthält die vorhandenen Leerrohranlagen mit den Informationen hinsichtlich des Belegungszustands (belegt oder nicht-belegt). Spätestens 12 Monate nach Vertragsschluss wird das GIS-System um folgende Informationen ergänzt:

- a) Das Bestandsplanwerk enthält die jeweils aktuellen Hochwassergefahrenkarten des Landes Bayern.
  - b) Das Bestandsplanwerk enthält die jeweils aktuellen Wasserschutzgebietskarten des Landes Bayern.
- (2) Das EVU stellt der Stadt jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Stadtgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem EVU vorhandenen Form zur Verfügung. Soweit verfügbar und gewünscht, werden die Daten auf Basis des aktuellen technischen Standards geliefert. Im Übrigen erhält die Stadt auf Anfrage wie jeder Dritte Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes.
  - (3) Das EVU stellt der Stadt und Dritten die Leitungsauskünfte auf Wunsch auch in einem elektronischen Format zur Verfügung.
  - (4) Auf Wunsch stellt die Stadt dem EVU Daten zu eigenen Anlagen oder Baumbestand im GIS-Format zur Verfügung, z.B. aus dem Baumkataster oder zu vorhandenen Abwasserleitungen.

## **§ 21 Preisgünstige und effiziente Leistungserbringung**

- (1) Das EVU ist verpflichtet, eine möglichst preisgünstige Energieversorgung zu gewährleisten.
- (2) Das EVU berechnet aktuelle Hausanschlusskosten für einen Standardhausanschluss bis 60 kW und einer Anschlusslänge bis 15 m in Höhe von 2941,18 EUR (netto). Die aktuellen Preise sind auf der Website des EVU einsehbar.
- (3) Das EVU ist verpflichtet, seine internen Prozesse möglichst effizient zu gestalten, ohne dass deshalb die Qualität der Leistungserbringung eingeschränkt wird. Ziel ist eine preisgünstige aber gleichzeitig auch qualitativ hochwertige Versorgung.

## **§ 22 Änderung der Verteilungsanlagen**

- (1) Erfordern kommunale Maßnahmen eine Änderung öffentlicher Verkehrswege aus Gründen des Straßenbaus, der Verkehrssicherheit, aus städtebaulichen oder aus sonstigen im öffentlichen Interesse liegenden Gründen, ist das EVU verpflichtet - nach schriftlicher Aufforderung durch die Stadt - seine Verteilungsanlage in angemessener Frist dementsprechend anzupassen, umzuverlegen oder zu sichern (Folgepflicht). Dies gilt auch für Verteilungsanlagen, die durch die Änderung der öffentlichen Verkehrswege erstmals berührt werden.
- (2) Die Folgepflicht nach Absatz 1 besteht, soweit zulässig, auch bei Änderungen, die durch Entsorgungseinrichtungen der Stadt veranlasst werden.
- (3) Die notwendigen Kosten der Anpassung, Umverlegung und Sicherung der Anlagen (Folgekosten) nach den vorstehenden Absätzen tragen in den ersten fünf Jahren nach Errichtung oder Erneuerung der Verteilungsanlagen das EVU und die Stadt jeweils zur Hälfte. Sind seit Errichtung oder Erneuerung der Verteilungsanlagen 5 Jahre, aber noch keine 10 Jahre vergangen, so trägt das EVU 75 % der Kosten und die Stadt 25 %. Sind seit der Errichtung oder Erneuerung der Verteilungsanlagen 10 Jahre oder mehr vergangen, so trägt das EVU die Kosten zu 100 %.

- (4) Hat die Stadt Ersatzansprüche gegenüber Dritten oder leisten Dritte Zuschüsse, sind diese zur Minderung der Änderungskosten zu verwenden, soweit dies mit der Zweckbestimmung der geleisteten Zuschüsse in Einklang steht.
- (5) Soweit Folgekosten durch verschuldete Fehlplanung der Stadt eintreten, hat die Stadt die Folgekosten zu tragen.
- (6) Erfolgt die Umverlegung oder Änderung auf Veranlassung des EVU, so trägt dieses die Kosten zu 100 %.
- (7) Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger, schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

### **§ 23 Haftung**

- (1) Das EVU haftet der Stadt oder Dritten nach den gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die bei der Errichtung, Änderung, Entfernung oder dem Betrieb von Verteilungsanlagen des EVU entstehen.
- (2) Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Stadt geltend machen, hat das EVU die Stadt freizustellen. Die Stadt darf nur mit Zustimmung des EVU solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das EVU nicht zu, hat die Stadt einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem EVU zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das EVU trägt alle der Stadt durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.
- (3) Werden bei Arbeiten der Stadt Anlagen des EVU beschädigt, hat die Stadt die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten ohne Gewinnaufschlag dann zu tragen.

### **§ 24 Zusammenarbeit mit der Stadt**

- (1) Die Stadt und das EVU werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des EVU auswirken könnten.
- (2) Die Stadt und das EVU werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.
- (3) Das EVU wird der Stadt auf Wunsch alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen, damit die Stadt die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen überprüfen kann.

### **§ 25 Vertragsdauer**

- (1) Dieser Vertrag beginnt am 01.01.2026 und endet am 31.12.2045 (20 Jahre). Sollte für die Vertragserfüllung der Erwerb des Netzes erforderlich sein, beginnt der Vertrag – sofern dies rechtlich zulässig ist – frühestens mit der Übernahme des Netzes und wird für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Ablauf von 10 und 15 Jahren ordentlichen zu kündigen. Die Auskunftspflichten gem. § 26 bestehen auch für diesen Fall.

- (3) Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen.
- (4) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages bleibt unberührt.

## **§ 26 Auskunftsspflichten**

- (1) Das EVU ist verpflichtet, der Stadt die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens 3 Monate nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen.
- (2) Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:
  - a) Mengengerüst der für den Betrieb des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Spannungsebene), die Länge der Hausanschlussfreileitungen und/oder -kabel bzw. des Hausanschlussnetzes, Messanlagen, die Anzahl der Stationen und Kabelverteilerschränke, Hausanschlüsse, Zähler, Netzkopplungspunkte;
  - b) Zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederspannungs- und Mittelspannungsnetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim EVU verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;
  - c) Verzeichnis der der Versorgung dienenden Grundstücke im Versorgungsgebiet;
  - d) Tagesneuwerte der Anlagen;
  - e) Art und Besonderheiten des Elektrizitätsnetzes (z. B. verbaute Materialien, herausragende Schadensereignisse) und der sonstigen Anlagegüter;
  - f) Originäre historische Anschaffungs- und Herstellungskosten der Anlagegüter des zu überlassenden Stromversorgungsnetzes und der Grundstücke, aufgeteilt nach Anlagengruppen gemäß Anlage 1 zu § 6 Abs. 5 S. 1 StromNEV und Anschaffungsjahren;
  - g) Historische Aktivierungsjahre der Anlagegüter des zu überlassenden Stromversorgungsnetzes und der Grundstücke;
  - h) In der Netzkostenkalkulation gem. § 6 Abs. 5 S. 1 StromNEV verwendete Nutzungsdauern je Anlagengruppe und etwaige Nutzungsdauerwechsel, unter Angabe des Jahres des Nutzungsdauerwechsels und der bis zum und ab dem Nutzungsdauerwechsel verwendeten Nutzungsdauern;
  - i) Kalkulatorische Restbuchwerte, kalkulatorische Nutzungsdauern laut Genehmigungsbescheid, aufwandsgleiche Kostenpositionen i.S.d. § 5 StromNEV, kalkulatorische Abschreibungen i.S.d. § 6 StromNEV, kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung i.S.d. § 7 StromNEV, kalkulatorische Gewerbesteuer i.S.d. § 8 StromNEV, kostenmindernde Erlöse und Erträge i.S.d. § 9 StromNEV;
  - j) Zugehörige Bilanz- und GuV-Werte des jeweiligen Vertragsgebietes, soweit diese vorliegen, Auskünfte über die auf das Vertragsgebiet bezogene mehrjährige Vermögens-, Ertrags-, Finanz- und Investitionsplanung;

- k) Höhe der vereinnahmten und nicht aufgelösten Netzanschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Mittelspannungs- und Niederspannungsanlagen, unter Angabe der Auflösungsmethode und der angesetzten Auflösungszeiträume;
- l) Bezugsmengen und Bezugsleistungen aus dem vorgelagerten Netz nach Übergabepunkten und Spannungsstufen der letzten drei Jahre;
- m) Jährliche Verlustmengen im Netz der letzten drei Jahre;
- n) Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeitenden;
- o) Absatzmengen und Erlöse im Vertragsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Abnahmegruppen) und Sondervertragskunden) aus den vergangenen 3 Jahren;
- p) Netznutzungsentgelte aus den vergangenen 3 Jahren wie sie in den veröffentlichten Netzentgelten verwendet werden getrennt nach Arbeits- sowie Leistungs- bzw. Grundpreis;
- q) Die installierte Netzanschlussleistung der Stromzeugungsanlagen sowie der EEG-Anlagen, den Umfang der Stromerzeugung und -einspeisung aus EEG-Anlagen in Kilowattstunden pro Jahr (soweit möglich auch nach den eingesetzten erneuerbaren Energien und nach den verschiedenen Spannungsebenen und Anlagentypen aufgeschlüsselt);
- r) Anzahl der Einspeiseanlagen soweit möglich unterteilt nach den eingesetzten erneuerbaren Energien und nach den verschiedenen Spannungsebenen und Anlagentypen;
- s) Soweit dem EVU diese Daten vorliegen Informationen zur Zahl der Netzanschlüsse für Ladeinfrastruktur für Elektroautos unterteilt nach Leistungsklassen der letzten drei Jahre;
- t) Erlösobergrenze des EVU laut letztem vorliegendem Genehmigungsbescheid unter Angabe des auf das Vertragsgebiet entfallenden Anteils an der EOG;
- u) Eine Aufstellung aller stillgelegten Stromverteilungsanlagen im Vertragsgebiet und Informationen zu geplanten Stilllegungen;
- v) Neutrale Schadensberichte (soweit vorhanden) und Informationen über berichtspflichtige Störfälle (§ 52 EnWG – Meldungen, die das EVU nach § 52 EnWG im Konzessionszeitraum an die BNetzA übermittelt hat) und weitere außergewöhnliche Störungen;
- w) Informationen zu drohenden Netzengpässen;
- x) Strukturdaten gemäß § 23c Abs. 1 und 3 EnWG (Veröffentlichungspflichten des Netzbetreibers) bezogen auf das Vertragsgebiet, insbesondere
  - die Stromkreislänge jeweils der Kabel- und Freileitungen in der Niederspannungs-, Mittelspannungs-, Hoch- und Höchstspannungsebene,
  - die installierte Leistung der Umspannebenen,
  - die im Vorjahr entnommene Jahresarbeit in Kilowattstunden pro Netz- und Umspannebene,
  - die Anzahl der Entnahmestellen jeweils für alle Netz- und Umspannebenen,

- die Einwohnerzahl im Netzgebiet von Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen der Niederspannungsebene,
  - die versorgte Fläche nach § 24 Abs. 2 Satz 2 und 3 StromNEV,
  - die geographische Fläche des Netzgebietes,
  - die Anzahl der Entnahmestellen mit einer viertelstündlichen registrierenden Leistungsmessung oder einer Zählerstandsgangmessung und die Anzahl der sonstigen Entnahmestellen,
  - den Namen des grundzuständigen Messstellenbetreibers;
  - Das Konzessionsabgabenaufkommen (getrennt nach den jeweiligen Tarif- und Sondervertragskunden) der letzten fünf Jahre;
- (3) Wird gemäß § 46a Satz 3 EnWG oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung oder aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung ein Datenumfang der zu übermittelnden Daten festgelegt, der über den vorstehenden Katalog hinaus geht, so hat das EVU ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung auch diese Daten an die Stadt zu übermitteln.
- (4) Über die vorstehende Liste hinaus, sind alle Daten zu übermitteln, die die Stadt zur rechtskonformen Durchführung eines Verfahrens zum Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrages, der Wertermittlung der Verteilungsanlagen, der Ausübung des Übernahmerechts und der Beurteilung der weiteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Netzübernahme (z. B. Entflechtungskonzept und -kosten) benötigt.
- (5) Die Daten sind auf Wunsch der Stadt im Zeitraum zwischen der ersten Datenlieferung und dem Auslaufen dieses Vertrages jährlich zu aktualisieren.
- (6) Die Daten sind auf den Stichtag 31.12. des Jahres, das dem Zeitpunkt der Datenlieferung durch das EVU voran geht, zu übermitteln.
- (7) Zusätzlich sind die Daten spätestens drei Monate nach Vertragsende auf den Stichtag des Endes dieses Vertrages zu aktualisieren.
- (8) Auf Anforderung der Stadt sind die vorstehenden Informationen elektronisch in weiterverarbeitbaren Datenformaten zu übermitteln, soweit sie dem EVU in weiterverarbeitbaren Formaten vorliegen.
- (9) Die Daten sind der Stadt auf deren Wunsch zu erläutern.
- (10) Die Stadt hat das Recht, die zur Durchführung eines Verfahrens zur Vergabe der Wegenutzungsrechte nach § 46 EnWG oder einer Nachfolgeregelung erforderlichen Informationen und Unterlagen nicht nur selbst zu verwenden, sondern diese auch den an dem Konzessionierungsverfahren teilnehmenden Unternehmen zur Verfügung zu stellen.
- (11) § 46a EnWG bleibt von dieser Regelung unberührt.

## **§ 27 Stromversorgungsanlagen auf Grundstücken des EVU**

- (1) Zwischen den Vertragspartnern besteht Einigkeit darüber, dass die Errichtung von Stromversorgungsanlagen auf Grundstücken des EVU zur Erfüllung der zeitlich begrenzten Verpflichtung aus diesem Vertrag erfolgt und diese Stromversorgungsanlagen daher Scheinbestandteile im Sinne des § 95 Abs. 1 BGB darstellen, welche im Rahmen der Übertragung nach § 28 Abs. 1 als rechtlich selbständige bewegliche Sachen zu übereignen sind.

- (2) Das EVU wird zu Gunsten der Stadt oder eines von der Stadt benannten Dritten, an den die Stadt ihren Übertragungsanspruch gemäß § 28 Abs. 1 abgetreten hat, eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die betroffenen Grundstücke bestellen. Inhalt der Dienstbarkeit ist das Recht der Stadt bzw. des von der Stadt benannten Dritten, die in ihrem/seinem Eigentum stehenden Sachen auf den betroffenen Grundstücken zu belassen, zu betreiben, zu unterhalten und gegebenenfalls zu erneuern, sowie das Recht, die betroffenen Grundstücke zu diesem Zwecke zu benutzen. Die Kosten für die Bestellung der Dienstbarkeit trägt die Stadt bzw. der von der Stadt benannte Dritte. Sofern durch die Eintragung dieser Dienstbarkeit eine Wertminderung des Grundstücks eintritt, wird die Stadt bzw. der von der Stadt benannte Dritte eine angemessene Entschädigung leisten.

## **§ 28 Übernahme der Verteilungsanlagen durch die Stadt**

- (1) Schließt die Stadt nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem EVU, sondern mit einem anderen EVU ab, ist das EVU verpflichtet, dem neuen EVU die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung von elektrischer Energie im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen oder – soweit zulässig – den Eigentümer zur Übertragung zu verpflichten. Gleiches gilt, wenn die Stadt beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.
- (2) Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung des Netzes (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung des Netzes (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das EVU trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.
- (3) Änderungen an den vorhandenen Stromverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Stromverteilungsanlagen werden nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen EVU durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Auslaufen des Konzessionsvertrages und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.
- (4) Der Kaufpreis für die Verteilungsanlagen nach Absatz (1) ist am Tag der Übernahme zur Zahlung fällig.
- (5) Das EVU kann die von ihm errichteten und betriebenen Durchgangsleitungen auch nach Ablauf des Konzessionsvertrages nutzen und dafür die eingeräumten Wegenutzungsrechte in Anspruch nehmen. Die Stadt wird mit dem EVU insofern einen gesonderten Nutzungsvertrag schließen. Folgekosten und Folgepflichten für diese Leitungen obliegen ausschließlich dem EVU.
- (6) Der Umfang der von der Stadt zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden – soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können – von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.
- (7) Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Stadt zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben, sofern es um die Beurteilung des Umfangs der zu übernehmenden Anlagen oder die Auslegung des Vertrages geht. Soweit die Beurteilung des Wertes der zu übernehmenden Anlagen streitig ist, muss der Obmann Wirtschaftsprüfer sein.



- (8) Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
- (9) Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue EVU, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte und gleichzeitig in die Pflichten aus den vorstehenden Regelungen eintritt. Das EVU erteilt hierzu schon jetzt seine Zustimmung.

Hinsichtlich der bei dem EVU verbleibenden Verteilungsanlagen bleiben die dem EVU eingeräumten Rechte nach diesem Vertrag bis zu einem Jahr nach Vertragsbeendigung bestehen. Über die Einzelheiten der weiteren Inanspruchnahme der gemeindlichen Grundstücke werden die Stadt und das EVU eine besondere Vereinbarung abschließen; dazu gehört auch die Festlegung einer angemessenen Vergütung, soweit dies gesetzlich zulässig ist, und dass die Folgekosten und Folgepflichten ausschließlich dem EVU obliegen.

## **§ 29 Allgemeine Regelungen**

- (1) Die Stadt ist berechtigt und verpflichtet, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Nachfolger zu übertragen. Das EVU ist hierüber zu informieren.
- (2) Eine Übertragung des Eigentums an dem Elektrizitätsversorgungsnetz während der Laufzeit des Konzessionsvertrages ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Stadt zulässig. Das EVU ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Stadt auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen, soweit dies vergaberechtlich zulässig ist. Die Zustimmung ist bei vergaberechtlicher Zulässigkeit zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des EVU gegenüber der Stadt in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem EVU verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.

Das EVU beabsichtigt, innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Vertragschluss, seinen Stromnetzbetrieb inklusive zugehöriger Mitarbeiter vollständig im Wege einer Umwandlung gem. UmwG oder in vergleichbarer Weise auf eine neue mit einem erfahrenen anderen Stromnetzbetreiber gemeinsam gegründete Gesellschaft auszugliedern oder zu übertragen. Die Stadt stimmt einer solchen Übertragung bereits jetzt zu, wenn das EVU mindestens zu 25,1 % an dieser Gesellschaft beteiligt ist und die neue Gesellschaft entweder aufgrund ihrer eigenen technischen, wirtschaftlichen und personellen Ausstattung oder durch Einbindung und Ausstattung durch die Gesellschafter in der Lage ist, die Pflichten aus diesem Konzessionsvertrag über die Vertragslaufzeit zu gewährleisten. Hierfür hat das EVU der Stadt vor der Übertragung die notwendigen Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

- (3) Ändert sich die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle über das EVU, so ist dies gegenüber der Stadt unverzüglich schriftlich anzuzeigen (anzeigepflichtiger Kontrollwechsel). Die Anzeige hat detaillierte Informationen zum Kontrollwechsel zu enthalten, insbesondere zum Umfang der Veränderung der Kontrolle und den Unternehmen, die ihre Kontrolle erweitern und verringern. Das EVU hat der Stadt alle Auskünfte im Zusammenhang mit dem Kontrollwechsel zu erteilen.

- (4) Ein anzeigepflichtiger Kontrollwechsel liegt vor, wenn nach Zuschlagserteilung (Zustandekommen des Vertrages) ein Mitgesellschafter oder ein Dritter
- a) im Sinne von § 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung das Vermögen des EVU ganz oder zu einem wesentlichen Teil erwirbt oder
  - b) die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle über das EVU im Sinne von § 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung erlangt oder
  - c) einen beherrschenden Einfluss i. S. d. Definition des § 17 AktG oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung auf das EVU erlangt oder
  - d) einen unmittelbaren oder mittelbaren beherrschenden Einfluss im Sinne von § 290 HGB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung auf das EVU erwirbt oder
  - e) die Summe der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen von Städten und Gemeinden am EVU unter 51 % sinkt. Eine mittelbare Beteiligung von Städten und Gemeinden liegt nur dann vor, wenn das die Beteiligung vermittelnde Unternehmen zu 100 % im Eigentum von Städten und Gemeinden steht.
  - f) Die Stadt ist im Fall eines anzeigepflichtigen Kontrollwechsels i.S.d. Abs. (4) berechtigt, diesen Vertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres in Textform zu kündigen.
- (5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die rechtsunwirksame und/oder undurchführbare Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg und Zweck möglichst gleichkommende Bestimmung zu ersetzen. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.
- (6) Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Stadt und des EVU nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.
- (7) Bei Streitigkeiten über den Inhalt oder den Vollzug des Vertrages werden die Vertragspartner eine gütliche Einigung anstreben. Gelingt dies nicht, so entscheiden die ordentlichen Gerichte, sofern sich beide Vertragspartner nicht auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder auf die Einholung eines Schiedsgutachtens einigen.
- (8) Gerichtsstand ist Lindau. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
- (9) Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Stadt und das EVU erhalten je eine Ausfertigung.

Anlage 1: Vertragsgebiet

**Stadt Lindau (B)**  
**Konzessionsvertrag Strom**

---

Lindau (B),



.....  
(Oberbürgermeisterin)

.....  
EVU

